

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 23.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, 12. November 1904.

Verlag: A. Bohrer, Hannover, Steintorstraße 6. Verantwortlicher Redakteur: August Breg, Hannover, Schilderstraße 5. Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

13. Jahrg.

„Wohlfahrtseinrichtungen“.

Von Luise Zick.

Es ist von uns schon oft nachgewiesen worden, daß die seitens der Unternehmer errichteten Arbeiterfamilien-Häuser, Kasernen für unverheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen, Speisehäuser, Konsumvereine, Pensionskassen, Arbeitsnachweise usw. nichts weniger als Anspruch erheben können auf den Namen „Wohlfahrtseinrichtungen“, daß sie vielmehr ein Danaergeschenk im schlimmsten Sinne des Wortes sind. Der Unternehmer, der solche Einrichtungen schafft und sich der Öffentlichkeit gegenüber mit dem Nimbus des „Wohltäters“ umgibt, hat die Kosten dafür in letzter Instanz doch nur aus dem den Arbeitern vorenthaltenen Mehrwert, aus dem bei der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft erzielten Profit, also aus Arbeitergroschen bestreitet.

Vor allem aber sind diese Einrichtungen keineswegs im Interesse der Arbeiter, vielmehr im Interesse der Arbeitgeber geschaffen.

Die Einrichtungen haben die Wirkung, die Arbeiterschaft noch abhängiger vom Arbeitgeber zu machen, als sie es als Lohnsklaven ohnehin schon sind. Sie sind somit die Kette, die die Arbeiter an den Betrieb fesselt, das Siegel, das ihnen den Mund verschließt.

Sie sind das Mittel, den Widerstand der Arbeiter gegenüber Ausbeutung und Unterdrückung lahm zu legen, sie vom Klassenkampfe fernzuhalten.

Wenn wir das nachgewiesen haben an der Hand konkreter Beispiele, so hat man uns der „Schwarzmalerei“, der „Aufschieberlei“ geziehen. Um so interessanter ist es, daß wir in der „Arbeitgeber-Zeitung“ kürzlich, wenn auch mit anderen Worten, so doch dem Sinne nach das Obengesagte vollinhaltlich bestätigt fanden.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“, das Scharfmacherorgan par excellence, schrieb unter anderem folgendes: Ueber die praktische Bedeutung der Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen herrschen in den Kreisen des Unternehmertums zum Teil recht irrtümliche Ansichten. So ist es denn wohl am Platze, auf diesen Gegenstand in möglichst unparteiischer Weise einzugehen. Die auf das Wohl der Arbeiterschaft gerichteten Bestrebungen besitzen keineswegs einen rein charitativen (wohlthätigen) Charakter. Sie entspringen vielmehr in erster Linie Erwägungen sozialpolitischer Art. Außerdem unterscheiden sie sich von den Werken der freien Wohltätigkeit dadurch, daß zwischen Gebern und Empfängern, d. h. also zwischen Unternehmern und den Arbeitern, ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag besteht, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrtseinrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie vom Lohn abzieht. Allerdings läßt es sich schwer oder gar nicht nachweisen, wie weit der einzelne Unternehmer von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, weil sich da, wo die Wohlfahrtseinrichtungen einen größeren Umfang erreicht haben, meistens nur um isolierte Betriebsstellen handelt, so daß die Möglichkeit eines sachlichen Vergleichs der dort gezahlten Löhne mit den an anderen Orten üblichen so ziemlich ausgeschlossen erscheint. Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrtseinrichtungen geradezu durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt ist.

Man kann darnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtseinrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt.

Das eigenste Interesse der Arbeitgeber erfordert eine gute und billige Verpflegung der Arbeiter. Denn sobald die Arbeiter ihren Lebensunterhalt teuer bezahlen müssen, werden die Löhne steigen. Darum sehen wir, daß überall da, wo es an Wohngelegenheit und an der Möglichkeit zu billigem Einkauf von Nahrungsmitteln fehlt, das heißt also in dünnbesiedelten Gegenden eine besondere Neigung zur Einführung von Wohlfahrtseinrichtungen zu konstatieren ist.

Die geringsten Aufwendungen für Wohlfahrtseinrichtungen seitens der Unternehmer finden wir dagegen in Großstädten, weil dort der einzelne nicht imstande ist, durch noch so wohlgemeinte und weitgehende

Bestrebungen auf die örtlichen Wohnungs- und Nahrungsmittelpreise einzuwirken.

Dazu kommt obendrein, daß die großstädtischen Arbeiter solchen Bestrebungen durchgängig mißtrauisch und ablehnend gegenüber stehen, weil sie annehmen, daß die Wohlfahrtseinrichtungen gern dazu benutzt werden, um der Neigung zu Ausständen usw. einen Riegel vorzuschieben.

Die Arbeiter isoliert liegender Betriebe müssen, sobald sie die Arbeit verlassen, zumeist innerhalb einer kurz bemessenen Frist ihre von der Betriebsleitung gebauten Wohnungen räumen und sind demgemäß zur Abwanderung gezwungen, weil es eben am Orte selbst keine Wohngelegenheit für sie gibt. Das ist zweifellos eine gute Schutzmaßregel gegen die Ausstandsbewegung, und die betreffenden Werke haben dementsprechend vor der großstädtischen Konkurrenz das Gefühl verhältnismäßiger Sicherheit voraus. Gleichzeitig wird man es den großstädtischen Arbeitern kaum verdenken können, wenn sie sich angesichts dessen sträuben, soweit ihnen dies überhaupt möglich ist, insbesondere von den Fabrikwohnungen Gebrauch zu machen. Ähnlich liegen ja auch die Dinge hinsichtlich der von den großstädtischen Arbeitgebern eingerichteten Pensionskassen. Die Leute fühlen, daß die ihnen zugedachte Wohltat zugleich auch eine Schmälerung ihres Selbstbestimmungsrechts bedeutet, und darum lehnen sie sich dagegen auf.

Natürlich ist es eine durchaus berechtigte Handlungsweise, wenn die Arbeitgeber solcherart Wohlfahrtseinrichtungen zum Zweck der Streikabwehr benutzen. Nur kann man alsdann solche Einrichtungen nicht mehr als Ausfluß einer völlig uneigennütigen Denkwelt hinstellen, sondern man muß sie als ein nach Lage der Dinge gewiß außerordentlich loyales und darum auch politisch wertvolles Mittel zum Zweck der Streikabwehr bezeichnen. Immerhin ist von diesem Gesichtspunkte aus die Errichtung von Arbeiterwohnungen und Pensionskassen in humanitärer Hinsicht keineswegs höher einzuschätzen, als z. B. die Errichtung von Arbeitsnachweisen durch die Arbeitgeber.

Leider können sich zu der Erkenntnis, daß solche Arbeitgebermaßnahmen ebenso wie die Pensionskassen und Arbeiterwohnungen die Eigenschaft besitzen, gleichzeitig Einrichtungen zum Wohle der Arbeiter und Mittel zur Bekämpfung störender Arbeitseinstellungen, und deshalb einander gleichwertig zu sein, gerade solche Arbeitgeber häufig nicht durchringen, die ihre Arbeiter in eigenen Wohnungen untergebracht haben. Sie halten vielfach an dem Wahne fest, daß die Einrichtungen von Fabrikwohnstätten nicht nur eine besondere Sicherung gegen Streikgefahr bietet, sondern daß sie vor allem die Beiter der Betriebe als besonders wohlthätige Leute hinstellen. Diese Auffassung trägt in die Kreise des Unternehmertums eine Zweifelpflichtigkeit, die dessen einheitliche Organisation sehr erschwert.

Wenn auch die Zahl der durch praktische Erfahrung von ihren früheren Ansichten über die Bedeutung der Wohlfahrtseinrichtungen als sozialpolitisches Heilmittel belehrten, dauernd wächst, so kann es den Arbeitgebern in ihrer Gesamtheit doch sicherlich nicht dienlich sein, wenn jeder einzelne erst am eigenen Leibe Schaden erleiden muß, um die Dinge im rechten Lichte zu erblicken.

Wünschenswert wäre es vielmehr, wenn das Organisationswerk, von dem sich eine nicht unbedeutende Minderheit noch immer fern hält, dadurch machtvoll gefördert würde, daß die behandelten Vorurteile und veralteten Anschauungen sobald wie möglich beseitigt würden. Das heißt also: Die Arbeitgeber müssen einsehen lernen, daß Arbeitsnachweise, Pensionskassen und Arbeiterwohnungen, sobald sie von den Arbeitgebern eingerichtet und verwaltet werden, Institutionen darstellen, die zwar den Arbeitern zum Vorteil gereichen, zugleich aber auch in nachhaltiger Weise den Interessen der Arbeitgeber dienen.

Daß in so offener, geradezu zynischer Weise der Scharfmacher der Arbeiter aus der Schule plaudert, scheint uns zunächst ein zu beweisen, nämlich, daß das vereinigte Unternehmertum in seinem prohenhaften Uebermut glaubt, die Heuchelei nicht mehr nötig zu haben; daß es vermeint, es sich leisten zu können, daß es die Maske abwirft.

Da ist also klipp und klar ausgesprochen, daß nicht Arbeiterwohnungen und Konsumvereine, Pensionskassen usw. von den Arbeitgebern errichtet werden zu Nutz und Frommen der Arbeiter, sondern um die Möglichkeit zu schaffen, die Arbeiter mit niedrigen Löhnen abspesen zu können und um gleichzeitig diese Einrichtungen als Mittel zum Zwecke der Streikabwehr zu benutzen.

Das heißt also, für das Dinsen- und das Wohlfahrtseinrichtungen, daß der Arbeiter ohnehin noch selbst zahlen muß, soll er sein Erstgeburtsrecht verkaufen, aus eigener Kraft, durch die Macht der Organisation seine Lage zu verbessern. Der Artikelschreiber hätte nur noch hinzusetzen sollen, welchem Zweck die Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeitgeber dienen. Daß sie ein vorzügliches Mittel für die Herren Scharfmacher sind, über „mißliebige“ Arbeiter, über Arbeiter, die sich in der Organisation bewährt haben, die den Wortführer für ihre Arbeitsbrüder gemacht haben, die Hungerpeitsche zu schwingen, sie permanent auszusperren, sie von Ort zu Ort zu heben. Mit einem Wort, daß diese Arbeitsnachweise nichts weiter als Maßregelungsbureaus sind.

Der Zweck des ganzen Elaborats der „Arbeitgeber-Zeitung“ liegt klar auf der Hand:

Es soll Propaganda für den Arbeitgeber-Verband gemacht werden. Die „nicht unbedeutende Minderheit“ der noch fernstehenden Unternehmer soll dadurch gewonnen werden.

Zu dem Zwecke sagt man ihnen: Eure Wohlfahrtseinrichtungen sind ein ganz gutes Mittel zur Streikabwehr, aber die großstädtischen Arbeiter beißen auf den Köder nicht mehr an, in ihren Augen habt ihr längst den Nimbus des „Wohltäters“ eingebüßt. Deshalb sind eure Einrichtungen auch kein „sozialpolitisches Heilmittel“. Als solches kann nur der Arbeitgeberverband und seine Institutionen gelten. Er bedient sich, je nach den gegebenen Umständen, des „Zuckerbrotes“ oder der „Peitsche“. Wer von der Arbeiterschaft sich durch das Zuckerbrot „Wohlfahrtseinrichtungen“ nicht mehr fördern, nicht vom Klassenkampfe fernhalten läßt, über den schwingen wir die Peitsche. Und dazu leistet uns u. a. unser Arbeitsnachweis alias Maßregelungsbureau prächtige Dienste. Wer also das eine Mittel nicht entraten, sich des anderen aber noch dazu versichern will, um der Kanaille Arbeiterschaft Herr zu werden, der „fördere“ machtvoll das Organisationswerk der Unternehmer und bekenne sich zu ihren Prinzipien: Wir, die Unternehmer, wollen allein und uneingeschränkt „Herr im Hause“ sein.

Welchen Wert haben denn für uns diese Darlegungen? Neues sagen sie uns wahrlich nicht! Aber daß die Bestätigung dessen, was wir längst wußten, stets betont haben, aus solchem Munde kommt, das ist das für uns Wertvolle. Das Zugeständnis von den Unternehmern selbst wird uns nicht nur eine vorzügliche Waffe sein gegen diejenigen Unternehmer, die uns der Ueberreibung und Verhehlung bis jetzt geziehen haben, nein, was noch viel wertvoller für uns ist, wir werden dies Zugeständnis als ein vorzügliches Agitationsmittel unter indifferenten und harmonie-dulstigen Arbeitsbrüdern und Schwestern verwerten. So wie der freche Zynismus des Artikels uns eine Mahnung sein muß, mit Eifer, Energie und Fähigkeit den Ausbau unserer Organisation zu betreiben, so liefert er uns gleichzeitig eine vorzügliche Waffe für unseren zu führenden Kampf gegen Unverständnis und Gleichgültigkeit. Benutzen wir sie!

Denn gelingt es uns, der Macht des Kapitals allerorts unsere wohlorganisierten und disziplinierten Arbeiterbataillone gegenüber zu stellen, so ist es nicht zweifelhaft, daß der Erfolg sich an unsere Fahnen heften wird.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1903.

Die Beteiligung der örtlichen Gewerkschaftskartelle an der Statistik ist mit jedem Jahre etwas besser geworden, doch ist dieselbe auch für 1903 noch nicht ganz vollständig. Von den am Schlusse des Jahres 1903 bestehenden 413 Kartellen haben sich 387 = 93,5 Prozent an der Statistik beteiligt, während 1902 93 Prozent und 1901 nur 90 Prozent der Kartelle einen Bericht eingekandt hatten. Die im Jahre 1902 in der Statistik geführten, 1903 jedoch in derselben fehlenden Kartelle umfaßten

Insgesamt 122 Organisationen mit 5679 Mitgliedern. 41 Kartelle mit 301 Organisationen und 16781 Mitgliedern werden in der Statistik neu aufgeführt, von denen im Jahre 1903 29 Kartelle mit 176 angeschlossenen Organisationen und 6836 Mitgliedern neu gegründet worden sind.

Die Zahl der angeschlossenen Organisationen der an der Statistik beteiligten 367 Kartelle beträgt 5207, wovon 723 Mitglieder angehören. Für 356 Kartelle, welche 1903 und 1904 in der Statistik geführt sind, ist ein Vergleich gegenüber dem Vorjahre möglich und es ergibt sich für diese ein Zuwachs von 295 Organisationen mit 133361 Mitgliedern. Der Zuwachs an Organisationen entfällt hauptsächlich auf die mittleren Städte, denn die Zahl der Kartelle mit 1-15 Organisationen ist nur um 2 gestiegen, und auch die Zahl der Kartelle, welche mehr als 30 Organisationen umfassen, hat eine wesentliche Veränderung nicht erfahren.

Häufig ist, daß immer noch eine Anzahl von Zweigvereinen der an die Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände den Kartellen fernbleibt. Den Kartellen nicht angeschlossenen waren 1901 in 168 Orten 323 Gewerkschaften, 1902 in 178 Orten 339 Gewerkschaften und 1903 in 177 Orten 312 Gewerkschaften. Von den 312 den Kartellen im Jahre 1903 nicht angeschlossenen Gewerkschaften sind 305 Zweigvereine von Zentralverbänden, und zwar entfallen hiervon 57 auf die Buchdrucker, 26 auf die Maurer, 21 auf die Zimmerer, 17 auf die Metallarbeiter, je 11 auf die Bauarbeiter und Maler, je 10 auf Transportarbeiter und Maschinenisten. Bei den übrigen Verbänden ist die Zahl der fernstehenden Zweigvereine nur gering.

Die Mitgliederzahl der in den Gewerkschaftskartellen vereinigten Organisationen betrug 1901 481 718, im Jahre 1902 614 722 und im Jahre 1903 758 723. Es ist also eine Mitgliederzunahme von 141 001 gegenüber 1902 und eine solche von 277 005 Mitgliedern gegenüber dem Jahre 1901 zu verzeichnen. Nach der Gewerkschaftsstatistik beträgt die Zunahme an Mitgliedern im letzten Jahre in den Zentralverbänden 154 492. Die Zunahme in den Kartellen bleibt also um rund 10 000 Mitglieder hinter der in den Zentralverbänden zurück und es ist damit die erfreuliche Tatsache konstatiert, daß ein nicht geringer Teil des Mitgliederwachstums auf die kleineren Orte, in welchen Kartelle nicht bestehen, entfällt. Die Mitglieder der Zentralverbände verteilen sich auf rund 2500 Orte, während Kartelle nur in 413 Orten bestehen. Der größte Mitgliederzuwachs ist aber in den Großstädten vorhanden. Es beträgt die Zunahme in 19 Großstädten gegenüber 1902 insgesamt 79 582 Mitglieder.

Daß sich die Gewerkschaftsbewegung in der Hauptsache nur auf bestimmte Orte und Bezirke erstreckt, beweist folgende Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Orte überhaupt	Davon Großstädte	Gesamtzahl der Mitglieder	Davon in Großstädten
1901	319	21 = 6,6 %	481 718	246 269 = 51,0 %
1902	365	23 = 6,3 "	614 722	338 865 = 55,0 "
1903	387	23 = 5,9 "	758 723	413 470 = 54,5 "

Die Agitation, die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaftskartelle, ist im vorliegenden Jahre nicht in dem Maße betrieben worden, wie dies notwendig gewesen wäre. Es haben nach den vorliegenden diesbezüglichen Angaben 74 Kartelle im Laufe des Jahres nicht eine einzige Agitations-Berufung einberufen. Insgesamt wurden von den Kartellen 2206 Berufungs- und 785 allgemeine Versammlungen abgehalten.

Arbeitslosen-Bildungen wurden von 43 Kartellen insgesamt 49 vorgenommen. Für 1902 berichteten 74 Kartelle über insgesamt 91 Arbeitslosgestaltungen. Sonstige Erhebungen veranstalteten 54 Kartelle zusammen 62, gegenüber 33 Kartellen und 21 Erhebungen im Jahre 1902.

Ein Auskunfts-Büreau unterhalten 103 Kartelle. Nicht einbezogen sind hier die Arbeiter-Sekretariate, die zum größten Teil auch von den Kartellen unterhalten werden. Für diese ist eine besondere Statistik aufgenommen, welche demnächst veröffentlicht wird.

Ein Gewerkschaftshaus ist angeblich in 24 Orten vorhanden. Es hat aber den Anschein, als wenn in manchen Orten auch solche Botsale, in denen der Verkehr der Gewerkschaften sich konzentriert, die aber sich in privatem Besitze befinden und durchaus nicht den Anforderungen entsprechen, welche man an ein Gewerkschaftshaus stellen muß, als „Gewerkschaftshäuser“ bezeichnet werden.

Ein Versammlungssaal unterhalten 80 (1902 77), eine Zentralherberge 21 (1902 29) Kartelle und eine Herberge beim Bahnhof haben 177 (1902 160) Kartelle unter ihre Kontrolle.

Gemeinsame Bibliotheken verzeichnet die Statistik im Jahre 1901 117, im Jahre 1902 165 und 1903 nur 155. Jedenfalls sind in den Kartellen nicht genügend Buchbestände vorhanden bezüglich dieser Frage, denn es ist nicht wahrscheinlich, daß einmal gebildete gemeinsame Bibliotheken nach Jahresfrist wieder verschwinden.

Ein Lesesaal haben 27 Kartelle eingerichtet gegen 24 im Jahre 1902 und 11 im Jahre 1901. An öffentlichen Beschaffen waren beteiligt im Jahre 1903 3, 1902 19, 1901 9.

Die Notwendigkeit der Errichtung eines Referentenausschusses wird immer mehr erkannt. Es haben 36 Kartelle einen Referentenausschuss eingerichtet. 1902 waren deren 32 vorhanden.

Auf dem Gebiete des Arbeiter-Schutzfonds konnte von den Kartellen weit mehr getan werden, als tatsächlich geschieht. Es waren 1901 von 319 Kartellen in 164 gleich 51,4 Proz., 1902 von 365 Kartellen in 131 gleich 35,9 Prozent und 1903 von 387 Kartellen in 121 gleich 31,2 Prozent der Kartelle Beschützens-Kommissionen für Gewerbeinspektions-Stunden eingerichtet. Wenn auch in vielen Orten die Prüfung der von Arbeitern und Arbeiterinnen eingereichten Beschwerden und der Verkehr mit den Gewerbeaufsichtsbeamten der Bezirke der Kartelle obliegt und die Einrichtung einer Beschützens-Kommission sich aus diesem oder jenem Grunde erübrigt, so läßt die Statistik doch erkennen, daß nicht alle Kartelle diesem Tätigkeitsgebiete die nötige Aufmerksamkeit zuwenden.

Ueber Einnahmen und Ausgaben haben 336 Kartelle Angaben gemacht. Von diesen erheben einen festen Beitrag 376, während 8 ihre Ausgaben aus freiwilligen Beiträgen, Ueberbüssen von Festen, sonstigen Veranstaltungen usw. decken; 3 haben hierbei keine Angaben gemacht. 363 Kartelle erheben einen bestimmten Beitrag pro Kopf der Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften, während 6 einen anderen Maßstab der Beitragsleistung befolgen. Die Höhe der festen Beiträge ist natürlich sehr verschieden; sie schwanken zwischen 10 und 12 Pf. pro Mitglied und 1 Pf. 50 Kartelle erheben einen Jahresbeitrag von 10 bis 1 Pf. Die Jahresbeiträge dieser 336 Kartelle betragen 47 406 Mk. Davon entfallen auf feste Beiträge 161 130 Mk. und auf freiwillige Einnahmen (Ueberbüsse von Festen, sonstigen Veranstaltungen u. s. w.) 268 275 Mk. Die für Streiks gesammelten und verwandten Beiträge sind besonders auffällig. Die Gesamteinnahme aus diesen Sammlungen beträgt 21 237 Mk., wovon für Streikunterstützung 717 326 Mk. verausgabt worden sind.

Ueber die Streikunterstützung sind ebenfalls der Statistik Sammlungen gegenüber 1902 ganz bedeutend gestiegen und die Veranschlagungen absteigend nur wenig und relativ fast gar nicht gestiegen. Die Gesamtausgaben der 1902 berichtenden 336 Kartellen betragen 25 468 Mk., und die Ausgaben der 1903 Berichtenden 33 Kartelle betragen insgesamt 305 218 Mk.

Die Streikunterstützung nahm im letzten Jahre die Kartelle finanziell in Anspruch. Mit der Unterstützung der Streikbewegungen beschäftigten sich die Kartelle fast ausnahmslos. Nach dem vorliegenden Bericht unterstützten 334 Kartelle Streikbewegungen am Orte als auswärtige, 11 Kartelle unterstützten am Orte und 30 Kartelle nur auswärtige Streiks, während 10 Kartelle sich mit der Streikunterstützung überhaupt nicht beschäftigten und von einem Kartell eine Angabe darüber nicht gemacht ist.

Vom sozialen Kampfplatze.

Magdeburg. Bei der Firma Pfeiffer u. Schmidt wurde im Monat August eine Lohnbewegung in die Wege geleitet, die mit der Verabreichung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, Erhöhung des Lohnes für Männer um 5 Pf. pro Stunde, für Frauen 6 Pf. pro Woche und der Erhöhung des Lohnes für Akkordarbeiter um 1 Mk. pro Woche abschloß. Mit Ausnahme der zugestandenen Arbeitszeitverkürzung waren das recht lange Zugeständnisse, denen man nur die Bezeichnung ausstellen kann: Besser wie gar nichts. Die Beschäftigten kamen denn auch nicht zur rechten Befriedigung. Ihre Stimmung schlug in Aufregung um, als es bekannt wurde, daß die Firma italienische Arbeiter engagieren wollte. Die Arbeiterinnen und Arbeiter mußten annehmen, daß diese Italiener benutzt werden sollten, die hiesigen Arbeiter zu entlassen oder sie zu billigerer Arbeit zu veranlassen. In mehreren Betriebsversammlungen wurde zu der Angelegenheit Stellung genommen. Kollege Brey, der daran teilnahm, vertrat den Standpunkt: daß wir bei unseren internationalen Marktverhältnissen und unseren internationalen Grundsätzen uns nicht schlechtmachen gegen die Beschäftigung fremdländischer Arbeiter wenden könnten. Können sie aber zu dem Zweck, um uns bei Kämpfen in den Rücken zu fallen oder arbeiten sie billiger und bewirken damit, daß uns errungene Zugeständnisse wieder freitragend gemacht werden können, dann hätten wir uns zu wehren. Hier steht der letztere Satz zur Unterbrechung. Daher seien Abmachungen zu treffen, daß die Italiener keinen Druck der Löhne und keine Entlassung der jetzigen Arbeitskräfte veranlassen, dann könne man mit ihnen arbeiten. Eine solche Streikbewegung war vorhanden, die sich unter allen Umständen gegen die Beschäftigung wandte. Trotzdem erhielten der Gewerkschaftssekretär Weims und Brey Vollmacht, in Verhandlungen einzutreten. Die Herren Direktoren lehnten den Abschluß bindender Abmachungen mit anderen als bei ihnen beschäftigten Personen ab, wollten aber einen Ausbruch wählen lassen, mit dem endgültig ein Vergleich über die strittige Frage abgeschlossen werden sollte. Die Entlassung der Italiener wurde abgelehnt. Folgendes wurde vereinbart:

Vorschläge

Beilegung der gegenwärtigen Differenzen zwischen der Firma Pfeiffer u. Schmidt und deren Arbeitern und Arbeiterinnen.

Die fremden Arbeiter und Arbeiterinnen werden in der Fabrik zu denselben Löhnen und Arbeitsbedingungen beschäftigt wie die heimischen Arbeiter.

Die Firma verpflichtet sich, in den nächsten 2 Jahren andere als die jetzt angewandten Ausländer nicht einzustellen, wenn der Bedarf an Arbeitskräften durch inländische Arbeiter gedeckt werden kann.

Die Firma hat Vorkehrungen zu treffen, daß die heimischen Arbeiter nicht durch die fremden Arbeiter irgendwie belästigt werden.

Wenn infolge Arbeitsmangels Arbeiter oder Arbeiterinnen entlassen werden, so sind zunächst ausländische Arbeiter zu entlassen, falls nicht durch Betriebsreduktion die Arbeitszeit verkürzt wird.

Bei Bedarf an Arbeitskräften erlaubt die Betriebsleitung zunächst die Werbungsleitung zur Zumeinung der benötigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Firma sichert der Arbeiterin eine würdige Behandlung durch die Vorgesetzten zu. Insbesondere Mahregelungen gegen die an den gegenwärtigen Disziplinär-Verfahren beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen nicht angewandt werden, wenn sich letztere anständig verhalten und ihre Pflichten erfüllen.

Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zum Verband der Fabrikarbeiter oder einer anderen Organisation sollen nicht stattfinden.

Daß eines Fabrikaschließens durch geheime Wahl.

Die Arbeiterin verpflichtet sich, keinerlei feindselige Handlungen gegen die jetzt angewandten fremdländischen Arbeiter vorzunehmen.

Bei Streitigkeiten, die sich aus diesem Vertrage ergeben, soll der Vorsitzende des Gewerbegerichts Magdeburg als Schiedsrichter entscheiden. Der Spruch desselben ist für beide Teile verbindlich.

Die zweite Betriebsversammlung, die Freitag, den 28. Oktober, tagte, war ungeheuer zahlreich besetzt, die Stimmung der Teilnehmer nicht sonderlich friedlich. Schon vor Eröffnung der Versammlung hörte man Bemerkungen, wie: „Wenn wir mit den Italienern zusammenarbeiten sollen, dann treten wir aus dem Verbande aus!“, der persönlichen Berührungspflege der zu den Verhandlungen Bewillmächtigten Personen gar nicht zu gedenken. Jemand ein „Maultrübsaler“ meinte sogar: „Na, wir wissen ja jetzt schon, was die feigen Fabrikarbeiter beschließen werden!“ Brey unternahm es, für die Vergleichsvorschläge einzutreten. Gegen Fortsetzungen, wie die vorstehenden, wandte er ein, daß sie von wenig Sachkenntnis zeugten. Die Kämpfe in der Textilindustrie vollzogen sich unter anderen Einflüssen und Erscheinungen, wie diejenigen in einem anderen Berufszweige; vor allem seien sie schwerer durchzuführen. Er erinnerte an den Streik in Grummitschan. Drei Jahre habe man da jedes Jahr wegen Einführung des Jehnstantentags verhandelt, ein halbes

Jahr habe man unter der Aufsicht der gesamten Arbeiterschaft darum gekämpft, erzwungen sei er nicht. Das sei Beweis, daß die Kämpfe in der Textilindustrie schwerer sind. Wir hätten hier in Magdeburg für die beteiligten Arbeiter trotz ihrer kurzen Organisationszugehörigkeit den Jehnstantentag und eine Lohnaufbesserung errungen, ohne daß auch nur ein Tag zu streiken war. Da habe man kein Recht, von Austritt aus dem Verbande zu reden. Wer gleichwohl davon spreche, beweiße damit nur, daß er noch sehr viel lernen muß, bevor man mit ihm eine Arbeitseinstellung durchkämpfen kann. Brey ging nun Punkt für Punkt die Vorschläge durch und empfahl ihre Annahme. Er wurde durch den Sekretär Weims und einige Kollegen unterstützt. Es erhob sich auch Widerspruch. In einer zweiten Rede wandte sich Brey gegen die Einwände, die gegen die Vorschläge gemacht worden waren. Die Mehrzahl der Versammlung trat seinen Gründen bei. Die Kartellen sind ausreichend, um die erwarteten Befürchtungen auf Entlassungen und Lohnherabsetzungen nicht eintreten zu lassen. Eine Arbeitseinstellung hätte genau das Gegenteil bewirkt: die Plätze für noch mehr fremde Arbeiter bedingungslos freigemacht!

In Altenburg plant die Firma Win selmann u. Sohn, Nähmaschinenfabrik, eine Lohnherabsetzung, die zweite in diesem Jahre. Bereits im Frühjahr nahm sie eine Lohnreduzierung vor, die ihr deshalb glückte, weil es ihr gelungen war, Uneinigkeit unter die Arbeiter zu bringen, indem man die Abzüge brannten vornehm. Dadurch ist wohl der Hunger nach Mehrwert gewachsen, man versucht nun, allen Arbeitern einen Abzug zu machen und nicht zu knapp. Der Abzug beträgt 3-5 Pf. für 14 Tage. Dieses Mal wollen die Arbeiter den Abzug aber nicht so ohne weiteres hinnehmen. Verhandlungen sind bereits in die Wege geleitet.

Die Vergleichsbedingungen, die in München von den Arbeitern der Maschinenfabrik Massai angenommen wurden und welche die Beendigung des Streiks herbeiführten, lauten:

Der Verdienst nach vierteljährlicher Beschäftigung für Werkstättenarbeiter beträgt: 32 Pf. pro Stunde, für Maschinen- und Hilfsarbeiter der Lenderpartie 35 Pf., für jugendliche Schlosser von 18-20 Jahren 35 Pf., für ältere Arbeiter 40 Pf., für selbständige Arbeiter nicht unter 45 Pf. Bei Winkelschmieden für die Feuerschmiede nicht unter 45 Pf., für Schläger und Seizer nicht unter 40 Pf., ohne Rücksicht auf Akkord- oder Tagelöhner. Bei den sogenannten provisorischen Akkordverträgen wird der Preis bei Niederkunft der Arbeit schriftlich vereinbart und 20 Prozent Zuschlag gewährt. Arbeiter, die anshülfsweise Arbeiten höherer Sparten verrichten, erhalten den dieser Sparte entsprechenden höheren Lohn. Arbeitern, die niedere Sparten verrichten, darf der Stundenlohn nicht gekürzt werden. Schlosser und Schmiede, mit Ausnahme der Arbeitsbeschränkten, erhalten 3 Pf. Zuschlag pro Stunde.

Die Direktion verpflichtet sich, an den bisher bezahlten Löhnen im allgemeinen keine Verschlechterungen vorzunehmen. Die vereinbarten Akkorde werden stets voll ausbezahlt. Diese Arbeitsordnung gilt bis 1. Mai 1905 und ist ein Monat vorher zu kündigen. Wird der Vertrag nicht gekündigt, so läuft er ein Jahr weiter. Der Kündigende ist verpflichtet, alsbald das Einigungsamt anzurufen. Die Direktion verpflichtet sich, keinerlei Mahregelungen vorzunehmen. Mit Ausfertigung dieser Zugeständnisse hapert's. Es kreist in dem Betriebe schon wieder.

In Heizen legten am 26. Oktober 11 Mann auf der Dampfabrik der Firma W. Strunk, Wagnerei, die Arbeit nieder. Die Ursache ist in Entlassungen zu suchen, die der Herr Direktor der Firma vorgenommen hat. Hier unter anderen Verhandlungsgegenständen wurden entlassen, darunter einer, der 10 Jahre auf dem Betriebe beschäftigt ist und zu Lebzeiten des alten Herrn Strunk fast das höchste Vertrauen erlangte. Dann legten zwei Kollegen infolge der Behandlung durch den Herrn Direktor die Arbeit nieder. Der genannte Herr scheint eine ganz besondere Abneigung gegen organisierte Arbeiter zu haben. Am 26. Oktober wiederum die Entlassung eines seiner Kollegen erfolgte, letzter 11 Mitarbeiter die Arbeit nieder. Durch Kollegen Sach angebahnte Verhandlungen sind resultatlos verlaufen.

Die Lohnreduzierung abgelehnt haben die auf der Gummifabrik von Jäger u. Wiegand in Leipzig beschäftigten Kollegen. Im Laufe dieses Sommers war bereits ein Abzug vorgenommen worden. Dieser Abzug traf nun so empfindlicher, als die Arbeiter zu der Zeit nur halbe Tage arbeiteten. Am 29. September kam die Schreckensbotschaft, daß ein Abzug von 20 Prozent erfolgen solle. Das machte die Kollegen mobil. Eine Fabrikversammlung wählte eine Kommission, die wurde vorstellig, bis zur Beendigung der Verhandlung zahle die Arbeit. Resultat: Jurisdiktion der Lohnherabsetzung.

Die Unzufriedenheit auf der Waggonfabrik in Dessau ist noch nicht beendet. Die Betriebsleitung versucht durch Inoffizieren und unter Anwendung der in solchen Fällen üblichen Mittel Streitbrecher zu erhalten. Die Arbeiter an allen Orten haben dafür zu sorgen, daß diese Streitbrecherjagd erfolglos bleibt.

Soziale Rundschau.

Reaktionäres. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes betreffend Erschwerung des Kontraktbruchs für ländliche Arbeiter trat am 2. Nov. in die erste Beratung der Vorlage ein. Es wurde beschlossen, zwei Lesungen vorzunehmen und zunächst im Anschluß an den § 1 des Entwurfes in eine Generaldiskussion einzutreten.

Die konservativen Vertreter hielten auch den Entwurf für eine branchbare Grundlage eines in dieser Richtung wirkenden Gesetzes, obgleich auch sie verschiedene Abänderungen für zulässig, ja zum Teil für notwendig erachteten. Im gleichen Sinne sprach sich ein Teil der Zentrumsmitglieder aus, während die

Abrieger Vertreten dieses Partei befürchteten, daß der mittelbare Einfluß der Vorlage auf die Rechte der Arbeiter zu groß sei, um ohne Beforgnis hingenommen zu werden.

Die grandiosesten Parzelebäume schlugen die nationalliberalen Mitglieder der Kommission. Sie haben etwelche Bedenken gegen das Ausnahmegesetz und wünschen deshalb — es zu verallgemeinern. Sie gaben nämlich anheim, zu erwägen, ob nicht die Reichsrechtgebung anzurufen sei, um eine Bekämpfung des Kontraktbruches einheitlich für alle Bundesstaaten und alle Rechtsverhältnisse aus dem Dienstvertrag herbeizuführen.

— Die Harburg-Wiener Gummi-Fabriken auf — Agitation für die Vereinigung. Natürlich nicht die der Arbeiter. Ueber den Gewinnmangel, den die Harburger Dividendenquetsche im verflochtenen Jahre zu verzeichnen hatte, der nach unserer Anschauung in der Hauptsache auf den Streit, auf den Verlust tüchtiger Arbeiter und den Widerwillen, den die Fabrik durch ihr terroristisches Vorgehen bei einem Teil der Arbeiter und arbeitserfreundlichen Abnehmer erzeugte, zurückzuführen ist, orakelt der Geschäftsbericht unter anderem auch dieses:

Durch die bedeutenden Mehrausgaben für Rohgummi und andere, für die Fabrikation zur Verwendung kommenden Materialien, ca. 2 Millionen Mark, hat sich naturgemäß unsere Kundenziffer gegen die letzten 2 Jahre vermindert, und wir sind in sehr vielen Fällen gezwungen gewesen, unsere Verkaufspreise den Preisen der Konkurrenz anzupassen, um unsere Kundenziffer nicht zu verlieren. Wir sind aber fest überzeugt, daß die Resultate, wie sie die letzten Jahre gebracht haben und wie sie speziell im laufenden Jahre zum Ausdruck kommen werden, sowie ferner der Zusammenbruch österreichischer und deutscher Gummi-Fabriken doch dahin führen werden, den an der Gummi-Industrie Beteiligten die Augen zu öffnen darüber, wohin es führt, wenn, wie in der bisherigen Weise, weiter zu verlustbringenden Preisen verkauft wird. Wir glauben auch mit Sicherheit dahin zu kommen, daß sich die bisher vorgebildete angebahnte Beständigkeit sämtlicher Fabriken dann endlich greifbar gestalten wird.

Also die Gummi-Fabriken sollen sich verständigen, d. h. vereinigen. Aber wenn die Arbeiter ein gleiches tun, um durch ihre Vereinigung die Konkurrenz beim Verkauf der Ware Arbeitskraft zu verhindern, dann entläßt man sie. Es ist gerade die Vereinigung der Arbeiter das sicherste Mittel, die Konkurrenz der Fabriken unter einander zu verringern. Einsichtige Industrielle müßten also die Vereinigungsbestrebungen der Arbeiter fördern. Aber die Harburger Industriellen und sozialpolitische Einsicht, das sind eben jene Dinge, die sich scheiden wie Feuer und Wasser.

— Gerichtliches. Am 20. Oktober hatten sich neun Angeklagte vor der Frankfurter Strafammer zu verantworten. Darunter der Gewerkschaftsbeamte Weimkampfen und der Kollege Reuring. Sie sollten während des Pariser Streiks Arbeitswillige beibringen. Es waren nur 10 bis 20 Bezeugen geladen. Nach 1 1/2 stündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Forken, folgendes Urteil: Schlott wird zu acht Wochen, Adersholt zu zwei Wochen und einem Tag, Ronge und Reuring zu je einer Woche und Gustav Müller zu zehn Tagen Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Weimkampfen, Schulz, Wilhelm und Heinrich Müller werden freigesprochen.

Korrespondenzen.

Varmbeck. In der letzten Mitgliederversammlung wurde zunächst das Anbieten des verstorbenen Kollegen Bewitz in üblicher Weise gelehrt. Dann hielt Kollege Wisenhanter einen einstündigen Vortrag über: „Die Neutralität in der Arbeiterbewegung“. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde von S. Schulte verlesen. Dann gab der Bevollmächtigte Vogt den Jahresbericht. Im verwichenen Geschäftsjahre fanden 12 Vorstandssitzungen und 10 Mitgliederversammlungen statt. Zwei konnten des schwachen Besuches wegen nicht stattfinden. In fast jeder Versammlung wurden behandelte Vorträge gehalten. Die Gesamteinnahme belief sich auf 7454,64 Mk., davon verblieben 25 Prozent in der Kassa. Diese hatte eine Gesamteinnahme von 2037,59 Mk., Ausgabe 960,97 Mk. Die Unterabteilung hatte eine Gesamteinnahme von 149,14 Mk., Ausgabe 76,90 Mk., die für in Rot geratene Kollegen ausgeben sind. In vier Sterbefällen wurden an die Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder 200 Mk. ausgezahlt. — Auf Sammelkarten für die ausgesperrten in Grimmitzhausen wurden 718,13 Mk. gezehnet. Außerdem wurden ihnen aus der Kassa 100 Mk. zur Weihnachtsgeschenkung überwiesen. In demselben Zweck erhielten die ausgesperrten Kollegen der Reismühle von Rietmers in Bremen 50 Mk. Die Fechtstätten brachten eine Einnahme von 732,95 Mk., eine Ausgabe von 716,16 Mk. Der Mitgliederstand gliedert sich in 11 männliche und 19 weibliche Mitglieder. Vogt bemerkt, daß die letzte Mitgliederversammlung vor Verschmelzung sämtlicher Hamburger Zählstellen abhielt. In den Mitgliedern, welche bisher die Versammlungen treu besuchten, somit an dem Ausbau des Verbandes gearbeitet haben, habe er das Vertrauen, daß sie auch fernerhin dem Verbande treu zur Seite stehen werden. Leider könne man ein solches Zeugnis nicht allen ausstellen. Dann konstatierte Revisor Boie, daß, solange die Zählstelle Varmbeck bestand, nie eine Unregelmäßigkeit in den Kassenverhältnissen vorgekommen ist. Dieran müsse jeder, der es aufrecht mit dem Verbande meine, seine beste Freude haben. Daran könne man erkennen, daß unsere Kassierer nicht aus Eigenmangel diesen Posten vertreten haben. Nachdem noch besprochen, daß der jetzige Vorstand die Geschäfte bis zur endgültigen Verschmelzung der Zählstellen weiterführt, wird die Versammlung geschlossen.

Breßlau. Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am Sonntag bei Schreiner. Kollege Joppig gab einen Überblick über das Tätigsein und die Entwicklung der Zählstelle an hiesigen Orte, und bemerkte, daß wir mit den Folgen in der Agitation wohl zufrieden sein könnten. Mit fünf Mann habe er die Leitung der Zählstelle übernommen und schon nach kaum vier Wochen waren 20 Mitglieder zu verzeichnen, deren Zahl sich bis heute annähernd verdreifacht habe. Rechner bemerkte aber gleichzeitig, daß dies kein Grund sei, sich auf die faule Seite zu legen, sondern gerade jetzt müsse ein jeder Kollege helfend eingreifen, um die Zählstelle hoch zu bringen und nicht wie bisher die Arbeit ihm zu überlassen. Den Kassenbericht gab Kollege Stäpfel, hervorhebend, daß wegen der vielen Anschaffungen, die Reingründungen von Zählstellen mit sich bringen, nicht allzu ruhig sei, aber zu den schönsten Hoffnungen für das nächste Quartal berechtige. Kollege Häring als Revisor bemerkte, daß Bücher, Belege und auch der Geldbestand geprüft und in bester Ordnung befunden

wurden, und bitte, Entlastung zu erteilen, was von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

Frankfurt a. M. Recht traurige Zustände herrschen in der Parzellfabrik von G. C. Meyer, vorm. Donner, Niederrad. Die Löhne sind derart niedrige, daß die Arbeiter kaum dabei existieren können. Dabei glaubt die Direktion auch noch, Abzüge über Abzüge machen zu müssen. Erst vor kurzem unterzogen den Arbeiterinnen an, sich einen erheblichen Abzug gefallen zu lassen; da die Direktion aber ebenfalls der Ansicht war, daß die Arbeiterinnen so wenig verdienen würden, daß sie es lieber vorziehen würden, das Eldorado zu meiden, so stellte man die Zustimmung, die Einbuße durch die Reduktion der Akkordhöhe mit Hilfe einer Arbeitszeitverlängerung von 10 auf 11 Stunden auszugleichen. Das wurde selbst den Arbeiterinnen, welche bisher alle Abzüge mit wahrer Schamgebild hingenommen hatten, zu toll, sie verweigerten die Arbeitszeitverlängerung. Jedoch die Bohrektion bleibt bestehen. Die einschneidende dieser Art ist, geht daraus hervor, daß jede Partie (in dieser Fabrik besteht noch das beschriebene Partiarbeiterrecht) bei gleichbleibender Bezahlung 30 Felle mehr abliefern muß. Allerdings, wo jede Organisation mangelt, lassen sich derartige Reduktionen mit Beistand durchzuführen. Wie oft ist von uns der Versuch gemacht worden, die Arbeiterinnen dieses Betriebes der Organisation zuzuführen! Bisher mit nur geringem Erfolg. Jetzt dürfen die Arbeiterinnen, allerdings nicht zu ihrer besonderen Freude, für die Aktionäre an einem Tage mehr abgeben, als die Organisation pro Woche an Beitrag fordert. Werden die Arbeiterinnen jetzt noch nicht zu der Einsicht kommen, daß nur mit Hilfe der Organisation Lohnabzüge abgemindert werden können, so ist garnicht auszumachen, daß sie später weitere Abzüge ohne Gegenwehr hinnehmen müssen.

Stutt. In Wiedels Metall-Papier-Werk kam es infolge des provokatorischen Auftretens des Meisters Pfaennmüller am 28. Oktober zu einem Streik, der nach zwei Tagen zu unseren Gunsten beendet wurde. Grund der Arbeitsverhinderung war das ungerechte Verhalten des Werkmeisters Pfaennmüller gegenüber den Arbeitern. In gemeinsamer Abstimmung wurde beschlossen, die Entlassung Pfaennmüllers zu fordern. Die Bevollmächtigten wurden vorstellig und erhielten die Zusage, daß Pfaennmüller einen energischen Verweis erhalten solle und aufgedrungen würde, sich eines anderen Betragens zu befleißigen. Für Arbeiterinnen wurde eine Löhnerhöhung von 50 Pf. pro Woche bewilligt. Für Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag. Dies war bei der ersten Unterhandlung, also vor dem Streik. Diese Vereinbarung sollte auch gehalten werden. Aber am nächsten Morgen gebardete sich Pfaennmüller wie ein Wilder und die Arbeiter verließen die Fabrik. Von den acht beschäftigten Arbeiterinnen schlossen sich sechs den Kollegen an, trotzdem sie mit dem betreffenden Meister nicht bei der Arbeit beisammen waren. Am Sonntag, den 30. Oktober, wurde zwischen uns und der Direktion ein Vertrag abgeschlossen, wonach Pfaennmüller am 1. Januar 1905 die Entlassung erhält. Am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Direktion erklärte ferner, Arbeitskräfte nur durch unseren Verband beziehen zu wollen. Die Arbeitszeit beträgt 58 Stunden. Die Löhne sind allgemein zufriedenstellend. Produziert wird Metallpapier nach einem eigenartigen Verfahren, welches auch patentiert ist. Beschäftigt sind im ganzen 21 Arbeiter und ungefähr 10 Arbeiterinnen.

Hannover. Die Zählstellen Hannover, Kleefeld und Bienen hielten am 15. Oktober im „Bienenhof“ eine gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung ab, um den Bericht der Verschmelzungskommission entgegenzunehmen. Zur Erledigung der notwendigen Vorarbeiten behufs Zusammenlegung der hiesigen 3 Zählstellen war eine Kommission gebildet worden, zu der jede der beteiligten Zählstellen 5 Mitglieder delegiert hatte. Außerdem nahmen an den Verhandlungen der Kommission die Bevollmächtigten der 3 Zählstellen mit beratender Stimme teil. Den Bericht, den der Kollege Gonschior-Hannover über die Verhandlungen der Kommission gab, klang aus in der Empfehlung der Zusammenlegung der 3 Zählstellen auf Grund der von der Kommission gestellten Anträge, welche wie folgt lautet: 1. Die Zusammenlegung der Zählstellen Hannover, Kleefeld und Bienen erfolgt am 1. Januar 1905. 2. Es wird ein Bureau eingerichtet und dazu ein geeignetes Lokal gemietet, welches in Hannover gelegen ist. 3. Die Mitglieder-Versammlungen finden in der bisherigen Weise statt, jedoch sind die einzelnen Bezirke mehr zu berücksichtigen. 4. Beschließende Versammlungen finden in Hannover im „Ballhof“ statt. 5. Die Bibliotheken bleiben den einzelnen Bezirken erhalten. 6. Das Quästfahnerrecht bleibt beim alten. 7. Die vereinigte Zählstelle stellt zur Erledigung der Geschäfte einen besoldeten Beamten an. (Die Honorierung der Beamten erfolgt nach den für Gauleiter geltenden Sätzen. Die Anstellungsbedingungen siehe Ausschreibung. D. K.) Die Anträge wurden nach einer regen Debatte fast einstimmig angenommen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde über die Erhebung eines Lokalzuschlages verhandelt. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, vom 1. Januar ab einen Lokalzuschlag von wöchentlich 5 Pf. zu erheben.

Harburg. Die Holz- und Stockfabrik von G. C. Meyer konnte einst zu denen gerechnet werden, die den Arbeitern gegen ein gutes Tagewerk auch einen guten Tagelohn zukommen lassen. Die dort beschäftigten Kollegen hatten einen Verdienst, mit dem sie einigermaßen ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten, auch das Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Betriebsleitern und die Behandlung der Arbeiter war eine leidliche. Die Arbeiter hatten Lust zur Arbeit und die Betriebsleitung kam bei diesem Verhältnis auch nicht zu kurz. Das war zur Zeit als die „Veränderung“, die Schwarzmaderer und die giftigsten Artikel eines William Schubal in Harburg noch unbekanntes Dinge waren. Inzwischen ist auf der Holz- und Stockfabrik manches anders geworden. Die Fabrik steht unter dem Szepter des jungen Herrn Meyer, der scheint von dem scharfmacherischen Geiste von mehr als eines Wandtens Blasse angebläst zu sein. Unter seinem Szepter gab es Akkordarbeiten um 10 Prozent, Einführung der Frauenarbeit. Verschlechterung des Materials hat den Löhnenverdienst der Arbeiter einigermaßen aus dem Rhythmus gemindert. Wo sonst 20—25 Mk. Wochenverdienst erreicht wurde, da hat es jetzt 13—18 Mk. Hat ein Arbeiter einmal eine gute Bezahlung, so fallen drei bis vier andere wieder nur so schlechter aus. Die Einführung der Frauenarbeit trägt zu diesen Zuständen viel mit bei. Da die Frauen um die Hälfte billiger arbeiten müssen, so sind sie nur dadurch im Betrieb festzuhalten, daß ihnen die beste Arbeit zugeteilt wird. Natürlich erhalten die männlichen Arbeiter die schlechtere Arbeit. Raufe es soweit kommen, daß die Arbeiter mit Böden zu Hause gehen, die absolut unzureichend sind? O nein! Die Arbeiter hätten den lohnbrückenden Einwirkungen entgegen treten können, wenn sie nicht der Organisation antreu geworden wären. Als der Beitrag auf 20 Pf. erhöht wurde, da waren ihnen das zu viel. Fünf Pfennige Beitrag mehr! Das ging nicht. Da kauften sie ja eine Zigarre weniger rauchen, und sie konnten vier mehr rauchen, wenn sie gar keinen Beitrag bezahlten. Also zahlten sie gar nichts mehr. Jetzt haben sie 5 bis 8 Mk. Wochenverdienst durch ihr kurzfristiges Verhalten eingebüßt. Der Arbeiterausschuß, speziell Kollege Seidenjahn, welcher sich veranlaßt sah, durch die elenden Verhältnisse das Fabrikat von außen zu schmecken, hat sich die größte Mühe gegeben, um das Geld abzumehren; hätten sie nur eine Kollegenschaft hinter sich gehabt, die Kraft ihrer Organisation ein Wort mitreden konnte, aber bei den bestehenden Verhältnissen konnten sie nichts ausrichten. Jetzt in neuer Zeit hat Meyer an mehreren Maschinen eine kleine Verbesserung anbringen lassen, und diese Verbesserung sollen die

Arbeiter um 30 Prozent Akkordüberhebung bezehlen. Der Arbeiter wurde vorlieblich, aber vergeblich. Meyer betrachtete sie nur als Hilfsarbeiter. Eine Anzahl Kollegen reichte nunmehr ihre Kündigung ein, das half nichts. In welcher die Arbeitsverhältnisse zurück und legte sich aufs Probieren, indem er einen Vorarbeiter an eine der Maschinen stellte. Der mußte nun drauf losarbeiten, und tat es auch, um sich als „lieb“ Kind zu erhalten. Die Arbeit fiel aber so aus, daß gut die Hälfte als „Bruch“ zu bezeichnen ist. Würden die Arbeiter wenig ein Produkt liefern, dann hätten sie sicher umsonst gearbeitet, höchstens hätten sie noch Schadenersatz zu leisten. Auch in den anderen Betrieben der Firma gäbe es. Es wird aber nichts nutzen, wenn die Kollegen sich nicht ihrer Organisation anschließen. Mit Unwillen und Murren allein werden auch die Kollegen der Holz- und Stockfabrik nichts erreichen. Hier gilt nur die Einsicht, die Organisation.

Sonth. Weil sie den Kampf um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen erschweren, indem sie, während ihre Kollegen streikten, arbeiteten, sind J. Dieb, Neu-Jonik, und Karl Pfeiffer, Dessau, ausgeschlossen worden.

Kempten. Eine öffentliche Versammlung tagte Sonntag, den 23. Oktober. Kollege Steimer aus München hielt einen interessanten Vortrag über das Thema: Warum wurde vom Verbandstag die Erwerbslosen-Unterstützung eingeführt? Redner führt aus, daß die Organisation im wesentlichen gegen früher vorgeschritten sei und auch immer noch Fortschritte mache. Aber der Fortschritt könne ein größerer sein, wenn die Arbeiter, welche bei uns eintreten, auch als Mitglieder gehalten würden. Bedauerlicherweise treten von den Neuaufgenommenen wieder sehr viele aus. Diesem Uebel soll gesteuert werden durch Gewährung von Erwerbslosen-Unterstützung. Für Arbeitslose sei garnicht, für Kranke zum Teil nicht aber ungenügend durch die Gesetze gesorgt. Im weiteren besprach Redner die Ausnutzung der Arbeiter durch die Unternehmer, die auch teilweise eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Folge habe. Obwohl die Arbeiter eine gedrückte Klasse seien, verachteten die Unternehmer doch noch, sie von der Organisation zurückzuhalten, um jeden Aufstiege und jede Befreiung zu hindern. Nach kurzer Pause ließ sich eine Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen.

Münch. Ehrenfeld. Ramm sind die Differenzen beigelegt, die am 8. September bei Eugen Julius W. o. i., Fahrabgelde-fabrik und Fassonzieherlei, ausgebrochen waren, so machen sich von neuem Zwistigkeiten bemerkbar. Seit dem 1. Oktober ist die Arbeitszeit in diesem Betriebe wie folgt festgesetzt: Vormittags 7 bis 12, nachmittags von 1 bis 6 1/2 Uhr, gegen früher von nachmittags 1 1/2 bis 7 Uhr. Da hierdurch eine Verkürzung der Mittagszeit eingetreten ist, beauftragten die Arbeiter den Arbeiterausschuß, bei Herrn Post vorstellig zu werden. Herr Post verlangte nun zunächst, daß eine Liste angefertigt werde, worauf sämtliche Arbeiter, die für den Anfang der Arbeit um 1 1/2 Uhr wären, ihren Namen zu schreiben hätten. Diesem Wunsch wurde entsprochen, und ein Mitglied des Arbeiterausschusses legte die Liste vor. Nachdem Herr Post die Liste einer Prüfung unterzogen hatte, gab er dem Arbeiter einen Bescheid, der die schlimmsten Beschimpfungen der Arbeiter enthält; er bezeichnete die Arbeiter als Lumpen und sagte: „Ich bewillige durchaus nichts; wenn es den Lumpen nicht gefällt, können sie alle zum Teufel gehen!“ Auf diese Art hat Herr Post den Arbeiterausschuß abgefertigt. Nun bilden in diesem Betriebe die christlich organisierten Arbeiter die Mehrheit. Aus diesem Grunde sollte der Parteiführer Östring vom Christlichen Metallarbeiterverband bei Post vorstellig werden. Da letzteres aber nicht geschah, ging unsere Organisation dazu über, eine Betriebsbesprechung in das Lokal Höden einzuberufen. Wer aber fehlte, das waren die Christlichen. Von mehr als 40 Arbeitern, die der christlichen Organisation angehören, war nur einer erschienen. Dieser gab dem auch die bindende Erklärung ab, daß die Christlichen nicht erschienen seien, weil die Besprechung eine Agitations-Versammlung der freien Gewerkschaften sei. Also weil die Besprechung von einer freien Gewerkschaft einberufen wurde, durften die Christlichen nicht daran teilzunehmen. Aus diesem Verhalten geht zur Genüge hervor, wie die Christlichen bestrebt sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Wäre es nicht Pflicht eines jeden Arbeiters, solche Ausbrüche, wie sie Herr Post gemacht hat, energig zurückzuweisen, oder können die Christlichen solche Ausbrüche, wie „Lumpen“, besser ertragen, als die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter? Sollte dies zutreffen, dann lag selbstverständlich kein Grund vor, an der Besprechung teilzunehmen.

Ganz traurige Zustände herrschen in der hiesigen Glaswaren-fabrik von Weizowsky u. Co. Am 9. April d. J. waren die Arbeiter schon gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Ursache zu der Arbeitsverhinderung war, daß Herr Weizowsky den Arbeitern einfach verbot, an einer Besprechung der Arbeiter des Betriebes teilzunehmen. Durch Platzanschlag wurde ihnen anheim gestellt, von dem Befehl der Besprechung Abstand zu nehmen, andernfalls sofort ihre Entlassung zu nehmen. Die Arbeiter zogen letzteres vor und verließen den Betrieb. An anderen Tage wurde beschlossen, bei Herrn Weizowsky vorstellig zu werden, wodurch dieser sich nach längeren Verhandlungen bereit erklärte, die geforderten Forderungen anzuerkennen. Seit dieser Zeit herrschte unter den Arbeitern ein einmütiges Verhältnis, da fast alle unserer Organisation angehörten. Dies sollte jedoch anders werden, und zwar mit dem Augenblicke, wo Herr Weizowsky gezwungen wurde, eine Löhnerhöhung von 20 Pf. pro Tag für Lohnarbeiter eintreten zu lassen. Dadurch glaubten die Kollegen nicht mehr notwendig zu haben, einer Organisation anzugehören. Doch die Verhältnisse in diesem Betriebe jedoch nicht so ruhig sind, wurde in einer Besprechung klargestellt. Bei dieser Firma besteht nämlich ein Akkordsystem, das jeder Beschäftigten prottet. Wenn nun auch diejenigen, welche den Akkord übernehmen, einen Stundenlohn bis zu 45 Pf. verdienen dürfen, so ist andererseits zu bedauern, daß ein zweiter Arbeiter nicht an dem Akkorddienst teilnimmt, sondern im Tagelohn beschäftigt ist. Die Folge davon ist, daß derjenige, der die meiste Arbeit verrichtet, mit magerem Lohn abgefährt wird, während der andere dagegen für wenig Arbeit das Geld einheimst. Ebenso hat die gute Behandlung in letzter Zeit wieder nachgelassen, was aber auch wieder auf das miserable Akkord- und Spionagegeheim zurückzuführen ist. Es ist eine sehr ruhende Tatsache, daß durch solche Systeme Leute erzogen werden, die sich beim Betriebsführer und beim Chef lieb Kind zu machen verstehen. Daß die Lohnbedingungen in diesem Betriebe viel zu wünschen übrig lassen, geht daraus hervor, daß ein Arbeiter für 143 Stunden Akkordarbeit mit 32 Mark und ein anderer für 115 1/2 Stunden mit 19,70 Mark nach Hause geschickt wurde. Ferner braucht man nur an das Betrügen der Arbeiterinnen zu erinnern. Was der begangene Fehler noch so gering sein, eine Strafe zur Hälfte des verdienten Lohnes wird in Abzug gebracht. Wäre es angeht solcher Zustände nicht an der Zeit, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen sich unserer Organisation anschließen, anstatt zu gehen, wie eine kleine Anzahl unserer Kollegen fortwährend schikaniert wird? Unsere Aufgabe besteht darin, eine Witterung für die Allgemeinheit herbeizuführen, weshalb es nicht genügt, wenn einzelne Arbeiter herangezogen werden. Nun sind diese Vorteile, die jene besitzen, durch die Organisation erlangbar worden. Wäre es da nicht Pflicht gewesen, das Erzeugnisse durch die Organisation weiter auszuweihen, anstatt der Organisation den Rücken zu kehren? Würde jeder Kollege solches Prinzip vertreten, dann wird es in Zukunft nicht mehr beken, wir brauchen keine Organisation. Solcher Standpunkt ist verwerflich, deshalb ist es an der Zeit, das Verdammte nachzuholen und unermüdlich für die Organisation tätig zu sein.

Leipzig. Sonntag, den 6. November, tagte in der Flora, Hindenburgstraße, eine Versammlung hiesiger Gewerkschaftler Leipzig. Der Kollege Bergmann sprach über das Thema: „Der Ausbau unserer Organisation“.

Wilhelm a. N. Sonntag, den 23. Oktober, tagte auf Veranlassung des Gewerkschaftsausschusses eine außerordentliche Mitgliederversammlung, mit der Tagesordnung: Beilegung der unter den Mitgliedern seit der Versammlungssitzung entstandenen Streitigkeiten und Neuwahl der Bevollmächtigten.

Schick. Situationsbericht. Nachdem mir im Jahre 1901 mit Hilfe des Gewerkschaftsausschusses und durch persönliche Bemühungen des Kollegen Ernst Thomas eine Verwaltungsstelle mit 12 Mitgliedern gegründet hatten, versuchten wir auf verschiedenen Wegen die Zahl zu erhöhen.

Ottensen. In der Mitglieder-Versammlung vom 5. Oktober wurde die Abrechnung vorgelegt. Sodann wurde ein Kollege zur Konkurrenz gewählt, dem eine Vergütung von 8 M. gewährt wird.

Schwendt. Der hiesige Bürgermeister Seeger unterlag im Sommer die Abhaltung eines Vergnügens des Gewerkschaftsausschusses. Kommerz verbot die damalige erste Bevollmächtigte unserer Zahlstelle Kollege Ferdinand Nagel, für die Zahlstelle ein Vergnügen frei zu bekommen.

Wohlm. Die Sonnabend, den 13. Oktober, tagte eine Versammlung der Mitglieder der Gewerkschaft, um die Angelegenheiten des Vergnügens zu besprechen.

Wendebel. In der Oktober-Versammlung hielt Kollege Bergmann einen interessanten Vortrag über das Streikrecht unserer Gewerkschaft.

vom zweiten Bevollmächtigten verlesen und demselben auf Antrag der Revision Debatte erteilt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Quartals 828 männliche und 159 weibliche Mitglieder.

Zusätzlich. Der Geschäftsgewinn der Steintiner Oberwerke, Aktiengesellschaft für Schiff- und Maschinenbau, ist jetzt veröffentlicht. Danach wurde im verfloßenen Geschäftsjahre ein Reingewinn von 71 000 M. erzielt.

Die Zahlstelle Kleefeld hat die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Woche erhalten.

Quittung. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 26. Oktober folgende Beträge ein:

Gauting 5,85. Hüttenrode 15,75. Hötlingen 70,35. Schwenningen 28,15. Dewach 92,70. Heidermünde 585,10. Weiskensfeld 94,29. Schönfeld 434,88. Schrenfeld 170,93. Scheubitz 615,96. Ankam 130,92. Schweidnitz 28,55. Barel 34,77. Randschat 9,15. Lampertheim 78,15. Bechhausen 50,70. Freiberg i. S. 50,70. Rieburg a. S. 160,35. Gadersteden 132,78. Seligenstadt 13,50. Bernburg 649,27. Göttingen 82,39. Braunshweig 2392,81. Langenberg 79,50. Lehrte 15,40. Kellertbach 43,57. Scharmbeck 51,10. Eichershausen 84,88. Kempton 95,48. Sosa 49,30. Harby 18,30. Quedlinburg 9,90. Bruchsal 3,57. Dettenleidelheim 174,30. Griesheim 10,00. Ludwigshafen 14,80. Garburg 1,95. Wismar 37,05. Weissenau 51,45. Bürgel 3,75. Neumünster 207,50. Kolberg 36,33. Gatin 130,57. Schorndorf 42,85. Neuhaldenleben 102,58. Regin 391,82. Hannover 1 487,93. Köln 102,55. Kassel 117,40. Wipperfurth 206,08. Solgen 85,30. Wittenberg (Bez. S.) 73,12. Gersdorf 13,05. St.-Kühnau 46,25. Girsberg 44,35. Merseburg 79,00. Giesen 5,80. Weiskensfeld 9,83. Rotenburg 780,00. Gotha 76,65. Gernsbach 22,55. Oberhainweide 893,75. Wurzen 247,65. Dresden 386,40. Heilshausen 118,58. Heidenau 230,00. Werder 482,33. Wittenberg 350,00. Braze 21,15. Genthin 26,20. Gernsbach 41,55. Arnsdorf 11,55. Wilsdorf 5,00. Hildesheim 200,00. Anderten 43,50. Hamm 350,00. Altenburg, S.-A., 200,00. Finneberg 233,55. Elmshorn 400,00. Ottenen 165,00. Mündenheim 149,75. GutsMuths 51,90. Diersheim 30,00. Sankt 44,15. Rendsburg 186,00. Kaputh 103,45. Strehpe 10,65. Walsch 3,90. Kellheim 21,25. Magdeburg 750,00. O.-H.-H. 10,00. Schmieberg i. R. 35,00. Sonderburg 132,00. Ogdraf 81,50. Borch 44. Kellfeld 467,25. Ganshain 431,63. Dörsch 133,27. Wölkendorf 127,14. Kellermoor 69,10. Münden 1800,00. Neu-Ulm 10,00. Hannover II 87,00. Leipzig-West 250,00. Frankfurt a. M. 600,00. Ludwigshafen 300,00. Potsdam 100,00. Flensburg 150,00. Heidermünde 100,00. Glaucha 99,60. Beucha i. S. 61,10. Regin 15,15. Heiligenhausen 9,95. Egeln 39,15. Hildesheim 54,85. Eichershausen 1,35. Schwedt 132,34. Lübeck 400,00. Niederlehre 300,00. Bremen 216,65. Zülchow 235,70. Stade 119,00. Wedel i. S. 174,72. Ammendorf 132,50. Altona 250,00. R.-Hamburg 50,00. Penig i. S. 76,46. Oberndorf 72,55 M.

Schluss: Dienstag, den 8. November, mittags 12 Uhr. Berichtigung. In Nr. 22 muß es heißen: Lübeck 1481,16, nicht 1481,60 M.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. Nr. 33 695. Ausgestellt auf den Namen Hermann Lehne am 14. September 1902 in Hötlingen. 74 185. Emil Poser, eingetreten am 15. Oktober 1903 in Markranstädt.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen. Altenburg, S.-A., Albert Dammloch, Kottstr. 1. Hammdorf. Otto Dertel, Gallestraße 60. Braunschweig. Jakob Perle, Marienstraße 8. Döberitz. Gotil. Schwab, Brückstraße 5. Galle (Saale). Paul Schneider, Schleifweg 4. Zülchow. Rudolf Stalt, Gintzstraße 40, I. Elbing. Vertrauensmann: Heinrich Perichon, Reichnamstraße 66. Gersdorf. J. F. Bahlgren, Gölstr. 4. Reifeunterführung. Saderleben. Fritz Klein, Gölzstraße 34. Johannisthal. Aug. Pappas, Kottstr. 10a. Kassel. Geir. Buchmann, Holländischestr. 9, I. Krieglitz. W. Siegener. Köpenick. Jakob Fittger, Salsbrückenstr. 163, II.

Wainz. Reifeunterführung. wird in der Zentralherberge am Stadt Wörms, Hotelopasche, ausbezahlt. Wismar. Adolff Fischer, Anderten 118. Wombach. Peter Da-Miva. Wülshelm a. N. Edvard Häuer, Kottstr. 52. Rieburg a. S. Chr. Steinhilfen, Agnesstr. 23. Oschersleben. Vertrauensmann: Emil Boese, Kaiserstraße 37/38. Auszahlung von Reifegehalt abends 7-8 Sonntags 1-2 Uhr mittags. Osterwieck. Franz Schulte, Nikolaistr. 30. Singen bei Konstanz. Aug. Martin, Kottstraße. Wittenberge. Das Reifegehalt wird bei Kollegen W. Thiede, Waderstraße 9. Wittenberg (Bez. Halle). Ernst Neugebauer, Neu-Nisterth Weiskensfeld. Pf. J. D. D. Verkehrslokal bei S. B. Gödel.

Briefkasten. F. S. Linden. Bekanntlich gibt es eine allgemeine Weltsprache nicht. Theoretische Abhandlungen darüber gibt es mehrere. Näheres werden Sie in der Schulischen Buchhandlung, Osterstraße 85, erfahren. Für Plakatbesteller. Plakate sind insoweit in Angriff, als ein künstlerischer Entwurf; Verfertigung der Industrie und Landwirtschaft, fertig ist. Sobald er geätzt ist, kann der Druck beginnen. Aber das dauert noch einige Zeit. Die Fertigstellung wird an dieser Stelle angezeigt. Wegen Raummangels sind verschiedene Gauderichte für die nächste Nummer zurückgestellt. Mit Gruß A. B.

Inserate. Beamter gesucht!

Die Einzel-Mitgliedschaften Leipzigs suchen zum 1. Januar 1906 einen Verwaltungsbeamten. Die Bewerber müssen eine selbständige schriftliche Arbeit über folgendes einreichen: 1. Einen kurzen Lebenslauf. 2. Wie sind die Kassengeschäfte einer Zahlstelle zu leiten? 3. Wie ist die Agitation zu leiten? 4. Wie hat sich der Beamte bei Ausbruch eines Streiks oder einer Aussperrung zu verhalten? Die Anstellung erfolgt nach halbjähriger Probezeit bei gegenseitiger vierteljährlicher Kündigung, sowie nach der Lohnskala der Gewerkschaften. Bewerber müssen Mitglied der Einzel-Mitgliedschaften Leipzigs sein und dem Verbandsverbande mindestens 3 Jahre ununterbrochen angehören. Gesuche sind unter „Bewerbung“ zu richten bis zum 30. November an Otto Bodenfein, 300 M. S.-A.-Zschöcher, Antonienstraße 13, VI. r.

Achtung. Franz Laver Albus, geboren am 20. Februar 1872 zu Birchingen (Württemberg), aufgenommen am 27. Juli 1904 in Kupperberg, Buch-Str. S. II. 4677, legitimierte sich durch sein Buch und durch einen Schein, der wie folgt lautet: „Der Arbeiter Franz Albus ist heute von hier wegen Streik abgereist. Beverlufen, den 4. Aug. 04. Ferd. Döbe.“ Durch schwindelhafte Angaben verschaffte sich der Genannte in Berlin recht hohe Botalgelöhne, auch ein Darlehen, nahm die nachgewiesene Arbeit nicht an, verduftete, dem Unterezeichneten von dem Darlehen das Nachsehen lassend. Versucht er anderwärts gleiche Kunststücke, dann lasse man ihn gebührend ablaufen. C. Druns, Berlin.

Zahlstelle Elmshorn. Sonnabend, den 19. November, in Allers Gashof, Königsstr.: Winter-Vergnügen bestehend in Konzert, Theater, Vorträgen und Ball. Eintrittskarten à Paar 50 Pf., Extradamenkarte 20 Pf. Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Mitglieder, welche auf die Garderobe reflektieren, haben sich bis zum 16. November beim Kollegen E. Theden, Gärtnerstraße 60, zu melden.

Die Mitglieder-Versammlung findet am 12. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Zentral-Halle, Gärtnerstr. 30, statt. Tagesordnung: Bericht vom Verbandsstag. Referentin: Kollegin Frau Zieg-Hamburg. Jeder anwesende Kollege erhält ein Verbandsstags-Protokoll gratis. 3,15 M. Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Schorndorf. Das Lokal befindet sich im Gashaus zum Wären. Reifeunterführung zahlt aus: Karl Wahl, Kommelgasse 264, von 12-1 Uhr mittags und von 7-8 Uhr abends. 10,75 M.

Bernhard Meier & Co., Harburg a. E., I. Wilstorferstrasse 19, Ecke Moorstr. Wir empfehlen zu billigen Preisen: Blaue Pilot-Hosen zu 4,50, 3,50, 2,90, 2 M. Gestreifte Leder-Hosen zu 6,20, 5,40, 4,50, 3,25, 2,90 M. Stoff-Hosen, sehr stark, zu 2,90, 3,50, 4,50 und 5,20 M. Leder-Zoppen, mit Falter, zu 3,25, 4,50, 6, 7,50 bis 9,50 M. Winter-Paletots, hochlegant, zu 8, 10, 14, 18, 21 M. In feinsten Ausführung 24, 27,50 und 30,50 M. Herren-Jackett-Anzüge zu 10, 12, 15, 18, 21 M. In feinsten Ausführung 24, 27, 30 und 36 M. Gehrock-Anzüge zu 22, 27, 33, 36, 39, 42 M. Jünglings-Anzüge, Paletots und Loden-Zoppen zu enorm billigen Preisen! Knaben-Anzüge von 1,95 M. an. Strick-Westen von 1,25 M. an. Wir führen die besten blauen Flanel-Hemden und Hosen, Barchent-Hemden, Kittel, Arbeitsschuhe, Sonntagsstiefel und Schuhe zu enorm billigen Preisen. Versand nach außerhalb per Nachnahme franko! (Wir bitten um Größe und Preisangabe.)